



#### FÖRDERGELD

## Kaum Hoffnung auf Rückzahlung

Warum ein Zeitzer  
Petent sauer ist.

VON MARTIN WALTER

**ZEITZ/BERLIN** - Günter Bischoff hat „jede Hoffnung verloren“. Vor nunmehr einem Jahr hat der Zeitzer eine Petition an den deutschen Bundestag eingereicht. Damit wollte er erreichen, dass die Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 800.000 Euro, die zur Sanierung des Naumburger Doms aufgewendet wurden, wieder zurückgezahlt werden. „Die Stadt Naumburg und speziell der Naumburger Dom haben nichts mit dem Kohleausstieg im Zeitz-Weißenfeller Braunkohlerevier zu tun“, lautete seine Begründung.

Seit er die Petition im August 2020 eingereicht hatte, folgten mehrere Schriftwechsel mit dem Ausschussdienst. Auf seine letzte E-Mail von Ende April sei ihm schließlich gar nicht mehr geantwortet worden. Tageblatt/MZ hatte sich bereits im Mai beim Petitionsdienst nach dem Stand der Pe-

tition erkundigt und diese Anfrage nun noch einmal erneuert. Die Petition befinde sich „derzeit weiterhin im parlamentarischen Verfahren“, so die Antwort. Ob es normal ist, dass dieser Prozess so lange dauert, könne nicht gesagt werden, da die Dauer der Verfahren nicht statistisch erfasst werde. Die Bearbeitung der Petitionen unterliege zumindest keiner Frist. Zur inhaltlichen und zeitlichen Bearbeitung könne keine Einschätzung getroffen werden, heißt es weiter. Günter Bischoff hegt die Vermutung, „dass bei meiner Peti-



Die Fassade des Naumburger Doms wurde 2020 saniert. FOTO: MEINHARDT

tion auf Zeit gespielt wird, um diese dann irgendwann ohne Entscheidung ad acta zu legen“. Zu diesem Vorwurf bezieht der Ausschussdienst auf Anfrage jedoch keine Stellung.

Für Unverständnis und Unmut bei Günter Bischoff hatte auch gesorgt, dass es zunächst hieß, die Sanierung des Naumburger Doms werde durch eine „Kohle-Soforthilfe für Sachsen-Anhalt“ gefördert. Die Vermutung lag also nahe, dass es dabei um Fördermittel aus dem Strukturstärkungsgesetz ging. Gegenüber Tageblatt/MZ hatte die Staatskanzlei Sachsen-Anhalts im Januar dieses Jahres aber erklärt, dass es sich um ein Sofortprogramm im Rahmen der Kulturförderung des Bundes gehandelt habe und das Geld deshalb „nur für Kulturmaßnahmen nationaler Bedeutung“ verwendet werden durfte.

Dennoch ist die Verwendung der Gelder für die Sanierung des Doms bei Bürgern und darunter auch zahlreichen Lokalpolitikern im Burgenlandkreis auf Unverständnis gestoßen.